

Resolution des Vorstands der CDU-Neuss zur Grundschulpolitik in Neuss

Die CDU-Neuss begrüßt die Ankündigung der Unions-geführten Landesregierung NRW, die Grundschulen in diesem Land trotz in Zukunft rückläufiger Schülerzahlen orts- und kindernah weitestgehend zu erhalten mit der Zielrichtung „Lehrer zu den Kindern“ und nicht „Kinder zu den Lehrern“!

Dieser landespolitischen Vorgabe stimmt die CDU-Neuss in vollem Umfange zu und geht dabei von folgenden schulpolitischen Grundsätzen aus:

1. Die CDU-Neuss setzt sich mit Nachdruck für den Erhalt der Grundschulen in den Stadtteilen und in den Stadtvierteln unserer Stadt ein. Diese wohnungs-, familien- und besonders kindernahe Form der Grundschulversorgung ist ein unverzichtbarer Bestandteil der altersgemäßen schulischen Bildung der Kinder im Grundschulalter. Grundschulkinder haben ein Recht auf möglichst kurze Schulwege. Darüber hinaus sind Stadtteil- und Stadtviertel-Grundschulen wichtige Infrastruktureinrichtungen mit hohem integrativem Wert für ein gutes lokales und nachbarschaftliches Gemeinschaftsbewusstsein in der Bevölkerung, so z.B. bei Schulfesten, Sportveranstaltungen und nicht zuletzt bei St. Martinszügen. In den Grundschulen setzen sich in der Regel die bereits im Kindergarten geknüpften persönlichen Bindungen und Verbindungen nahtlos fort. Die Menschen identifizieren sich in besonderer Weise mit ihrem Wohnumfeld.

Zusammen mit anderen gemeinschaftsbildenden Strukturen, wie Kirchengemeinden, Schützen- und andere Vereine sowie sonstige soziale Einrichtungen, bilden die Grundschulen ein dichtes und überschaubares Netzwerk, das die Orts-, Stadt- und Heimatverbundenheit aller Bewohner begründet und fördert.

Die CDU-Neuss lehnt deshalb die teilweise auch in Neuss erkennbare Tendenz der staatlichen Schulverwaltung nach möglichst großen Grundschulen ab, die bekanntermaßen mehr Anonymität und nicht zuletzt längere und damit auch gefährlichere Schulwege bedeuten. Die CDU-Neuss fordert zum Wohle der jungen Kinder in der Grundschule die Abkehr von rein statistischen und bürokratischen Anforderungen an die Größenordnungen und Entfernungen von Grundschulen.

2. Die CDU-Neuss setzt sich aus ihrer wertorientierten politischen Grundhaltung heraus für den Erhalt der Bekenntnisschulen in unserer Stadt ein. Dabei ist mit Blick auf die Zahl und die Gliederung der Grundsschulen in Neuss ein im Wesentlichen ausgewogenes Verhältnis zwischen Gemeinschafts- und Bekenntnisgrundschulen unter Würdigung des Elternwillens anzustreben.

Für die CDU sind Bekenntnisgrundschulen wichtige schulische Einrichtungen mit einem besonderen Profil, das Auftrag und Ansporn für alle Beteiligten – Eltern, Lehrer und Schüler – bedeutet. Die staatliche Schulverwaltung ist durch eine im Gesetz- und Verordnungswege deutlicher zu formulierende Auftragsstellung anzuweisen, nicht – wie bisher auch bei uns festzustellen – hemmend und mit Schulschließungen sowie längeren Schulwegen drohend auf die bestehenden Bekenntnisschulen einzuwirken und keine Umwandlungsverfahren mehr zu provozieren.

Vielmehr ist die Landesregierung gefordert, dafür zu sorgen, dass in geeigneter Form der entsprechende Religionsunterricht an allen Grundschulen in vollem Stundenumfang sichergestellt wird.